

Drei Fragen an Sahra Rezaie und Dania Schulze

Oft wird der Sicherheitsrat für seine Handlungsunfähigkeit kritisiert. Ist er dennoch das wirkmächtigste UN-Gremium?

Nein. Die UN-Generalversammlung ist der zentrale Verhandlungsort für multilaterale Kooperation, staatliche Gleichheit und normative Mehrheiten. In der Zusammenarbeit der beiden Gremien, etwa bei Resolutionen zur Architektur für Friedenskonsolidierung, wird ihre politische Gestaltungskraft deutlich. In beiden Gremien spiegelt sich aber aktuell die Krise des Multilateralismus wider. Dennoch entstehen zahlreiche politische Inhalte weiterhin in der UN-Generalversammlung: Sie beschließt Mandate und deren Finanzierung, vom Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) bis hin zu UN Women, und bleibt unsere größte Chance für eine solidarische internationale Politik.

Welche Themen werden in der UN-Generalversammlung aus Ihrer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt?

Ein Thema, das vor allem für junge Menschen von enormer Bedeutung ist, ist die mentale Gesundheit. Angesichts multipler Krisen ist das Fehlen einer eigenständigen Resolution politisch kurzsichtig: Mentale Gesundheit ist kein ›weiches‹ Randthema, sondern eine Investition in Demokratie, Resilienz und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Daran arbeiten wir, auch über diese Amtszeit hinaus.

Und wie steht es um die Jugendbeteiligung in Verhandlungsprozessen der UN-Generalversammlung?

Jugendpartizipation ist im UN-Kontext kein globaler Standard, sondern exklusives Privileg. Fehlende strukturelle Verankerung macht die Einbindung junger Expertise abhängig vom Interesse einzelner Staaten und Delegationsmitglieder. Dabei sind ihre Anerkennung und intergenerationale Zusammenarbeit zentral für unsere Werteordnung. Außerhalb Europas existieren kaum Jugenddelegiertenprogramme – Ressourcenmangel und fehlender politischer Wille bremsen inklusive, gerechte Beteiligung. Dem setzen wir internationale Kooperation entgegen: Mit anderen Jugenddelegierten, Ministerien, dem Büro der Vereinten Nationen für Jugendfragen (UNYO) und der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA) des UN-Sekretariats bringen wir neue Sprache in Resolutionen und unsere Prioritäten koordiniert in Verhandlungsräume ein. Echte Beteiligung braucht nachhaltige Finanzierung und den Willen, Strukturen neu zu denken, Macht zu teilen und alle jungen Menschen, jenseits von Universitätsabschluss und prestigereichen Stipendien, in ihrer Lebensrealität zu erreichen.



Sahra Rezaie (2025–2027) und Dania Schulze (2025–2026) sind die beiden deutschen Jugenddelegierten zur UN-Generalversammlung.

FOTOS: PRIVAT

temporäre Internationale Stabilisierungstruppe (ISF)« in Gaza einzurichten, um den Rückzug der israelischen Streitkräfte, die Demilitarisierung Gazas und weitere Meilensteine im Zusammenhang mit der Verwaltung des Gazastreifens zu überwachen, bis die Palästinensische Autonomiebehörde die Kontrolle wieder übernehmen kann.³ Nach neun durch ein Veto abgelehnten Sicherheitsratsresolutionen zu Gaza wurde der Umfassende Plan und sein ›Friedensrat‹ von einigen, aber nicht allen Staaten als Durchbruch bei der Bewältigung des Konflikts angesehen. In der Erklärung des Vereinigten Königreichs zu seiner Stimmabgabe wurde diese beispielsweise als »entscheidender Meilenstein« in einem Friedensplan für die palästinensische Bevölkerung bezeichnet, wobei die Beiträge anderer arabischer Partner und die Unterstützung durch die Palästinensische Autonomiebehörde gewürdigt wurden.⁴ Im Gegensatz dazu äußerte China, das sich der Stimme enthielt, Bedenken hinsichtlich der »spärlichen Details« und des mangelnden Engagements des Sicherheitsrats und der Vereinten Nationen für den Plan. Vertreter Russlands, die sich ebenfalls der Stimme enthielten, äußerten ebenso Bedenken, dass der Sicherheitsrat einer Instanz, »über deren Modalitäten wir nichts wissen«, »seinen Segen« und die vollständige Kontrolle erteile.⁵

Der ›Friedensrat‹ wurde schließlich im Januar 2026 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos offiziell gegründet, im Gegensatz zur Gründungsresolution jedoch ohne Bezug auf den Gazakonflikt. So wird Gaza in der Charta des ›Friedensrats‹ beispielsweise nicht direkt erwähnt, und auf Fragen zu seinen Zielen erklärte Trump, man werde »mit Gaza beginnen und dann weitere Konflikte angehen, sobald sich diese entwickeln«.⁶ Die Charta des ›Friedensrats‹ mandatiert diesen, »Stabilität zu fördern, eine verlässliche und rechtmäßige Regierungsführung wiederherzustellen und dauerhaften Frieden in von Konflikten betroffenen oder bedrohten Gebieten zu sichern«.⁷

Die USA versandten daraufhin Einladungen an schätzungsweise 60 Staaten oder Einzelpersonen, dem Rat beizutreten, was auf einen wesentlich breiteren Rahmen für Konfliktlösung und Entscheidungsfindung hindeutet. Viele der Eingeladenen lehnten eine Teilnahme jedoch ab. Dieses Vorgehen bestätigt die Einschätzung, dass das Gremium die Vereinten Nationen ersetzen soll.⁸

Die Einrichtung des ›Friedensrats‹ impliziert eine Kritik am bestehenden Konfliktlösungssystem sowie an den bisherigen Leistungen der UN. Die Charta des ›Friedensrats‹ verweist auf »Ansätze und Institutionen, die allzu oft gescheitert sind«, und betont die Notwendigkeit einer »flexibleren und effektiveren« Organisation zur Friedenskonso-